

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 3

Artikel: Perspektiven für die EU-Battlegroups

Autor: Schlie, Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391386>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven für die EU-Battlegroups

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs (19. – 20.12.2013) eröffnet mit seinen Schlussfolgerungen auch Perspektiven, das Konzept für europäische Krisenreaktionskräfte an die sich verändernde sicherheitspolitische Lage anzupassen. Auf Grundlage der 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie wurde bereits im Jahr 2004 im Rahmen der Europäischen Union das militärische Fähigkeitsplanziel 2010 beschlossen.

Ulrich Schlie*

Den EU-Battlegroups kommt dabei die Aufgabe zu, die EU zur schnellen militärischen Krisenreaktion zu befähigen. Sie sind ein ständig verfügbares Mittel und zugleich weithin sichtbarer Rückgriff, wenn es darum geht, Entschlossenheit als Krisenmanager zu zeigen. Die Battlegroups sind damit Rückversicherung für unvorhergesehene Krisen und politisches Signal zugleich. Ausserdem sind sie ein wertvolles Instrument, um die Transformation von Streitkräften bei den Staaten zu fördern, die sich zur Gestaltung von Battlegroups bereitfinden und ihre nationale Streitkräfteplanung an künftigen internationalen Kriseneinsätzen orientieren. Die Reform der schwedischen Streitkräfte ist dafür ein sprechendes Beispiel. Nicht übersehen werden sollte zudem, dass die Battlegroups auch geeignet sind, Partner an Europa heranzuführen. Die Beteiligung der Ukraine und Mazedoniens an den Battlegroups stehen dafür als Beispiel.

In der Realität klaffen grosse Lücken

Die EU-Staaten sehen für die schnelle Reaktion auf eine Krise vor, innerhalb von fünf Tagen den formellen Entscheidungsprozess abzuschliessen und als eine Option eine EU-Battlegroup in den Einsatz zu entsenden. Soweit die Theorie. In der Praxis hat sich indes gezeigt, dass es nicht möglich gewesen ist, die nationale Zusage gemäss dem Planungsziel der EU, jederzeit zwei Battlegroups bereitzustellen, vollumfänglich zu erfüllen. Die bestehenden zehn Lücken bis 2019 (Stand

Januar 2014) stehen im Widerspruch zur erklärten Absicht, die Sichtbarkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu erhöhen und als glaubwürdiger Krisenmanager in Europas Nachbarschaft aufzutreten. Es ist deshalb mehr als ein Wermutstropfen, dass es trotz der zukunftsweisenden Grundausrichtung des Battlegroupkonzepts bislang nicht gelungen ist, diese Form der Krisenreaktionskräfte einem echten Realitätscheck zu unterwerfen. Somit steht ein Beschluss für den Einsatz seitens des

«Es erscheint wenig plausibel, Planungsziele aufzustocken, wenn keine Aussicht auf Verwirklichung besteht.»

Rates für Auswärtige Angelegenheiten noch immer aus, obwohl es in der Vergangenheit durchaus Möglichkeiten dazu gegeben hätte.

Damit die Handlungsoptionen bei der schnellen Krisenreaktion erhöht und die Battlegroups besser eingesetzt werden können, bieten sich im Wesentlichen zwei Schritte an. Erstens, indem entsprechend der Vielgestaltigkeit des heutigen Sicherheitsumfelds auch die schnellen Krisenreaktionsmittel angepasst werden: Wenn man das EU-Military-Rapid-Response-Konzept von 2009 zugrunde legt, bedeutet dies, sich darauf vorzubereiten, allen Arten von Krisensituationen begegnen zu können, wie sie im Requirements Catalogue der EU von 2005 beschrieben werden. Zu den Aufgaben, die sich daraus ergeben, gehören: gewaltsame Trennung von Konfliktparteien, Stabilisierung, Wiederaufbau und Beratung in Drittländern, Konfliktprävention und

die Unterstützung von humanitären Operationen.

Kapazitäten realistisch begrenzen

Damit die EU-Battlegroups diese Anforderungen erfüllen, hat Deutschland vorgeschlagen, auch «Ausbildung und Beratung» zum Aufgabenspektrum hinzuzufügen. Jüngste GSVP-Missionen haben gezeigt, wie notwendig diese Aufgabe ist. Allerdings sind Stabilisierung, Wiederaufbau sowie Ausbildung und Beratung für Drittstaaten im EU-Battlegroupkonzept von 2006 ausgeschlossen, obwohl sich genau diese Aufgaben in Übereinstimmung mit dem EU-Military-Rapid-Response-Konzept aus dem Jahr 2009 befinden. Entscheidende Herausforderung bleibt es aber, bestehende Lücken zu füllen. Deshalb sollte der Zukunftsansatz bei aller Berechtigung von ehrgeizigen Zielen realistisch sein und die begrenzten Kapazitäten der Staaten berücksichtigen. Es erscheint wenig plausibel, Planungsziele beliebig aufzustocken, wenn keine Aussicht auf Verwirklichung besteht. Ein derartiges Vorgehen läuft Gefahr, die sicherheitspolitische Rolle der EU insgesamt in Frage zu stellen. Es erscheint deshalb realistischer, zunächst zu untersuchen, was tatsächlich gebraucht wird und ausreichende Transportkapazitäten bereitzuhalten.

Zudem hat sich erwiesen, dass verpflichtende Grossübungen und Zertifizierungen den Vorbereitungsaufwand der Battlegroups erheblich erhöhen. Gleichwohl hat Deutschland in der Vergangenheit im Abstand von vier Jahren regelmässig die Führungsverantwortung einer Battlegroup

übernommen. Nach 2008 und 2012 steht eine deutsche Führung erneut für das Jahr 2016 an. Darüber hinaus stellt Deutschland immer wieder Truppen zu EU-Battlegroups anderer Rahmennationen bereit. Im ersten Halbjahr 2013 leistete es einen erheblichen Beitrag zur gemeinsamen Battlegroup des «Weimarer Dreiecks» unter polnischer Führung, und im zweiten Halbjahr 2014 wird es sich an einer durch Belgien geführten Battlegroup massgeblich beteiligen. Ein zweiter Schritt bei der Fortentwicklung des Konzepts könnte darin bestehen, sich auf die Grundlagen zu besinnen und die Freiheiten, die diese bieten, noch besser auszuschöpfen, denn eine militärische Formation kann nur dann ihren vollen Nutzen entfalten, wenn sie auf ihre Mission zugeschnitten ist. Der Grundsatz, dass Grösse und Zusammensetzung einer Battlegroup von der möglichen Verfügbarkeit des jeweiligen Kräftepakets abhängen, sollte hinreichend Flexibilität eröffnen.

Zentrale Rolle der Infanterie

Erfahrungen aus den zurückliegenden Operationen zeigen, dass es keine Allwetterlösungen gibt. Das EU-Battlegroup-Konzept sieht eine generische Zusammenstellung vor, deren Kern ein Infanteriebataillon bildet. Dies unterstreicht die zentrale Rolle der Infanterie. Denn Infanteriekräfte werden genauso in Kampfoperationen oder militärischen Evakuierungsoperationen benötigt, wie sie zur Absicherung bei Ausbildungsmissionen, so zum Beispiel in der European Union Training Mission Mali (EUTM Mali), ihre guten Dienste leisten. Leitend ist dabei die Überlegung, die Battlegroups individuell zusammenzustellen und mit Blick auf den Auftrag die Fähigkeiten der Teilstreitkräfte zusammenzuführen. Je nach Charakte-

ristik der spezifischen Operation ergibt sich die Möglichkeit, den Kern um Elemente oder Module zu erweitern. Wäre der Auftrag die gewaltsame Trennung von Konfliktparteien, könnten weitere Kampftruppen diesem Kern hinzugefügt werden.

Ausbildung als zusätzliche Fähigkeit

Der deutsche Vorschlag aus dem April 2013 greift deshalb die Grundidee der Modularität auf und regt an, künftig eine der beiden Battlegroups auf Ausbildungsmissionen als die derzeit wahrscheinlichste Einsatzoption auszurichten. In diesem Fall könnte der Kern, ein Infanteriebataillon, Führungsunterstützung sowie Sanitäts- und Logistikkomponenten, um Ausbilder ergänzt werden. Ausbildungs- und Beratungskapazität kann dabei als zusätzliche Fähigkeit im Rahmen eines Expertenpools oder durch freiwillige Meldung für bestimmte Ausbildungsfelder sichergestellt werden. Dabei sind grundsätzlich zwei Wege vorstellbar. Zum einen könnte ein Expertenpool aufgebaut werden, für den die Mitgliedstaaten oder Partner freiwillig Experten für spezielle Gebiete anbieten. Mögliche Felder sind z. B. Logistik, Ingenieur- und Pionierwesen oder Verwaltungsaufgaben. Diese Experten müssen nicht ständig in Bereitschaft gehalten werden, sondern könnten identifiziert werden und lediglich kurz abrufbar sein. Zum anderen könnten die Mitgliedstaaten Gebiete identifizieren, auf denen Expertise benötigt wird. Jeder Mitgliedstaat könnte auf diese Weise die Führungsverantwortung für eines dieser Gebiete übernehmen, wenn kurzfristig Personal für eine Trainingsmission benötigt wird. Das Ziel des deutschen Vorschlags besteht darin, die Nutzbarkeit dieses schnellen Krisenreaktionsinstruments und damit

die Anzahl von Handlungsoptionen der EU zu erhöhen, ohne dabei das 2006 festgeschriebene Planungsziel zu verwässern, dass die EU-Mitgliedsstaaten jederzeit in der Lage sein wollen, zwei Battlegroup-Einsätze zur schnellen Krisenreaktion ungefähr gleichzeitig beginnen und durchführen zu können.

Fazit

Ausschlaggebend für den Einsatz einer EU-Battlegroup in einer Krise ist und bleibt freilich der politische Wille der Mitgliedsstaaten, und es ist dieser politische Wille, der über die Glaubwürdigkeit Europas auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik entscheiden wird. Die Erfolge der europäischen Einigung in über fünf Jahrzehnten sollten Ansporn sein, Europa auch in der Sicherheitspolitik weiter nach vorne zu bringen. Die Gewährleistung von Sicherheit und Frieden verlangt tägliche Anstrengungen, und eine alte Einsicht hat bis heute nicht ihre zeitlose Gültigkeit verloren: Nichts ist im politischen Leben der Staaten unumkehrbar! ■

*Dr. Ulrich Schlie ist Historiker und seit 2012 Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin im Rang eines Ministerialdirektors, zuvor hat er seit 2005 den Planungsstab des Bundesministers der Verteidigung geleitet. Der Text geht auf einen Vortrag im Rahmen eines internationalen Seminars auf Einladung der litauischen Ratspräsidentschaft und der britischen Regierung in London im Oktober 2013 zurück; der Verfasser gibt seine persönliche Meinung wieder.



Ulrich Schlie
Dr. phil. M.A.
Politischer Direktor
Bundesministerium der
Verteidigung Berlin
D-14482 Potsdam

Sicherheit zuerst!

am 18. Mai

Jetzt mitmachen
Ihre Unterstützung
ist nötig!

gripen-ja.ch ▶ «Mitmachen»



zum Gripen